

<b>Gemeinsame Sitzung der städtischen Deputation für Bildung und der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration</b>			<b>Sitzungsprotokoll</b>
<b>16. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft</b>			<b>2003 - 2007</b>
<b>Sitzungstag:</b>  27.05.2004	<b>Sitzungsbeginn:</b>  14.30 Uhr	<b>Sitzungsende:</b>  15.45 Uhr	<b>Sitzungsort:</b> <b>Senator für Bildung und Wissenschaft; Rembertiring 8 - 12 28195 Bremen</b>
<b>Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitslisten</b>			
<b>Sitzungsleitung: Frau Senatorin Röpke</b>			

### ***TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung***

Die Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung der Deputation für Bildung und der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration wird ohne Änderungen genehmigt.

### ***TOP 2 Verschiedenes***

Die Antwort auf die Frage von Frau Hövelmann (SPD), Frau Stahmann (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) und Herrn Rohmeyer (CDU) nach dem Sachstand zur Weiterentwicklung der **Grundschule Lüssumer Ring** wurde verteilt. Frau Stahmann fragt, wie die Vereinbarung zur Personalversorgung aussehe. Frau Hempe-Wankerl antwortet, dass das KTH und die Schule das Ganztagsangebot einschließlich des Ferienangebotes gemeinsam organisieren. Staatsrat Dr. Knigge weist hierzu auf die Vorlage G 44 / S 99/04 hin, in der dargestellt wird, dass die gemeinsame Organisation mit 8/8 der Ganztagsressource auch möglich sein solle.

### ***TOP 3 „Entwicklung der Ganztagschulen in der Stadtgemeinde Bremen“ (Vorlage Nr. G 44 / S 99/04)***

Frau Stahmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bittet um eine Darstellung der Entwicklungsperspektive der Gesamtschulen. Ziel müsse ihrer Ansicht nach die stärkere Verzahnung von Unterricht und Nachmittagsangebot sein. Sie regt die Gründung eines gemeinsamen Unterausschusses zur weiteren Begleitung dieses Prozesses an. Sie betont die Notwendigkeit eines Konzeptes zur Kooperation der Freien Träger und der Schulen. Kinder mit besonderem Förderbedarf müssten dabei eine besondere Berücksichtigung finden. Herr Rohmeyer (CDU) bemängelt, dass bisher noch eine Entwicklungsperspektive fehle. Er plädiert daher dafür, das Angebot an Ganztagschulen zunächst nicht zu erweitern und stattdessen gezielt die inhaltliche Qualität der bestehenden Angebote zu stärken. Er bittet weiterhin um eine Erläuterung, wie mit den Bundesmitteln umgegangen werden soll. Senator Lemke sagt, dass das klare Ziel die gebundene und damit verbindliche Form der Ganztagschule sei. Er spricht sich für eine enge Kooperation zwischen den Bereichen Betreuung und Unterricht aus. Die weitere Entwicklung solle über eine teilgebundene zu einer gebundenen Form führen, auf jeden Fall aber mit einer inhaltlichen hohen Qualität. Frau Hövelmann (SPD) begrüßt, dass inzwischen die Forderung nach einer höheren Verbindlichkeit allgemein unterstützt werde. Dieses müsse auch im Schulgesetz deutlich

werden. Im Weiteren sollte die Verbindlichkeit der Teilnahme forciert werden und die Anzahl der gebundenen Angebote ausgeweitet werden. Sie spricht sich dafür aus, weitere Ganztagschulstandorte einzurichten und gleichzeitig die Qualität der bestehenden Angebote zu verbessern, dazu sollten, z. B. die wissenschaftliche Begleitung genutzt werden. Frau Kauertz (SPD) plädiert für die Einrichtung weiterer Standorte in gebundener Form. Die offene Form sei aufgrund ihrer Unverbindlichkeit problematisch und blockiere die Entwicklung. Frau Stahmann fragt, wie der Sachstand zur wissenschaftlichen Begleitung an der Grundschule Borchshöhe sei. Sie spricht sich dafür aus, bei Vorlage von entsprechenden Anträgen neue Standorte einzurichten. Herr Crueger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) spricht sich dafür aus, dass die Horte und Jugendfreizeitheime verstärkt mit den Ganztagschulen zusammenarbeiten müssen, auch wenn es dort derzeit noch Bedenken gäbe. Senatorin Röpke betont, dass sich Ganztagschulen im Rahmen ihrer Weiterentwicklung auch zu einem Kristallisationspunkt des jeweiligen Stadtteils entwickeln sollen und sich dem Stadtteil öffnen müssen. Herr Rohmeyer fragt, wann die Weiterentwicklung der inhaltlichen Konzeption vorgelegt werde. Herr Lückert antwortet, dass im Juni weitere Standorte benannt würden und Ende des Jahres dann ein Konzept zur inhaltlichen Entwicklung folge. Frau Stahmann fragt, ob auch ein anderes Arbeitszeitmodell erarbeitet werde, wie am Schulstandort Borchshöhe. Senator Lemke antwortet, dass dies sehr sensibel versucht werde. An der Schule Borchshöhe sei dies optimal gelaufen, da die Anregungen aus der Schule selber kamen. Frau Hempe-Wankerl ergänzt, dass auch die Schulen Oslebshauer Heerstr. und Lüssumer Ring nach einem neuen Arbeitszeitmodell arbeiten wollen. Zur wissenschaftlichen Begleitung erläutert sie, dass bereits ein entsprechendes Angebot vorliege, das derzeit geprüft werde. Die 3 Schulen haben schon Kontakt aufgenommen. Es solle sichergestellt werden, dass diese Begleitung auch nächstes Schuljahr beginnen könne. Senator Lemke berichtet über das in den Sommerferien stattfindende „Jacobs-Sommer-Camp“ zur sprachlichen Förderung benachteiligter Kinder.

### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Bildung sowie die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration nehmen den Bericht zur Entwicklung der Ganztagschulen in Bremen zur Kenntnis.

### ***TOP 4 „Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich“ (Vorlage Nr. G 45 / S 100/04)***

Senatorin Röpke erläutert die Entstehung des Rahmenplans. Herr Pietrzok (SPD) regt an, dass der Rahmenplan vor allem im Elementarbereich noch konkretisiert werde und vor der Weitergabe noch sprachlich überarbeitet werden sollte. Herr Crueger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bemängelt, dass jedes Bundesland seinen eigenen Rahmenplan entwickle, ohne dass es Absprachen zwischen den Ländern gäbe. Er fordert eine konkrete Anbindung an die Situation in der Einrichtung, da Anspruch und Wirklichkeit oft weit auseinander lägen. Insbesondere der Übergang in die Schule müsse noch stärker ausgearbeitet werden. Herr Bartels (CDU) kritisiert, dass der Rahmenplan noch zu unkonkret sei. Er bittet, über den Prozess der Konkretisierung zu berichten. Frau Stahmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob der Plan in der Bürgerschaft beraten werde. Weiterhin möchte sie wissen, wie der Plan vor Ort handhabbar gemacht werde. Ihrer Ansicht nach sollte es gemeinsame Fortbildungen von Lehrern und Lehrerinnen und Erziehern und Erzieherinnen geben, und auch deren Kooperation vor Ort sollte gestärkt werden. Frau Dr. Rose antwortet, dass bis Ende Juni eine Konkretisierung vorliegen solle. Für die Qualifizierung der Fachkräfte werde bereits zum jetzigen Zeitpunkt viel getan. Zur Unterstützung im methodischen und didaktischen Bereich

gebe es eine Kooperation mit der Universität. Frau Stahmann fragt, wie die Elternarbeit eingebunden werden soll und ob ein entsprechendes Modellstudium geplant sei. Frau Dr. Rose antwortet, dass die Elternarbeit schwerpunktmäßig bei Kindern mit Migrationshintergrund gestärkt werden solle. Senatorin Röpke teilt mit, dass die weiteren Konkretisierungsschritte jeweils den Deputationen vorgelegt werden. Eine Erörterung in der Bremischen Bürgerschaft ist nicht vorgesehen.

### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration und die städtische Deputation für Bildung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### ***TOP 5 „Systematisierung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule“ (Vorlage Nr. G 46 / S 101/04)***

Senatorin Röpke erläutert die Vorlage und weist auf die große Anzahl der beteiligten Schulen und KTH's hin. Frau Bernhard (Gesamtelternbeirat der städt. KTH) kritisiert, dass die inhaltliche Weiterentwicklung völlig von der Auseinandersetzung um die finanziellen Ressourcen überdeckt werde. Weiterhin sollte die Elternarbeit wesentlich gestärkt und verbessert werden. Senatorin Röpke bekräftigt, dass die Elternarbeit eine der wichtigsten Säulen für die Bildung der Kinder sei. Frau Stahmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bittet um eine Darstellung der Kosten des Projektes. Frau Dr. Rose antwortet, dass zusätzliche Kosten durch die ergänzenden Stunden der Lehrkräfte und Erzieher bzw. Erzieherinnen sowie die Kosten für die Unterstützung durch die Universität entstehen, eine genaue Kostenaufstellung werde noch erfolgen.

### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration und die städtische Deputation für Bildung nehmen den Bericht zur Kenntnis.

### ***TOP 6 „Mama lernt Deutsch“ (Vorlage Nr. G 47 / S 102/04)***

Senatorin Röpke teilt folgende Korrektur der Vorlage auf Seite 2 unter Punkt D mit (Änderungen fett markiert):

"Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales finanzierte das Programm 2003 mit Mitteln in Höhe von **93.861.- €** Für das Jahr 2004 wurde die gleiche Summe in den Haushalt eingestellt. Davon wurden dem Träger im Jahr 2004 vorläufig (bis Juli 2004) Mittel im Umfang von 6.704 € **pro Monat** ausgezahlt."

Frau Hövelmann (SPD) fragt, ob die Kontinuität der Teilnahme gewährleistet sei. Staatsrat Dr. Knigge antwortet, dass die Fluktuation bei diesem Programm relativ niedrig sei. Herr Oppermann (CDU) bittet um eine Prüfung, ob durch eine Umorganisation die Anzahl der unterschiedlichen Nationalitäten innerhalb eines Kurses reduziert werden kann.

### **Beschluss**

Die städtische Deputation für Bildung und die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

<b>Gemeinsame Sitzung der städtischen Deputation für Bildung und der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration</b>	<b>Sitzung am: 27.05.2004</b>	<b>Protokoll-Seite: 4</b>
---	-------------------------------	-------------------------------

**TOP 7 „Fördermaßnahmen bei Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS) und  
Rechenschwäche bei Schulkindern“  
(Vorlage Nr. 48 / S 103/04)**

Herr Crueger (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, wie das Verhältnis der beiden Lernschwächen zueinander sei. Senator Lemke antwortet, dass ca. 2/3 der Betroffenen unter LRS und ca. 1/3 unter RS litten.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration und die städtische Deputation für Bildung nehmen diesen Bericht zur Kenntnis.

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende der städtischen  
Deputation für Soziales,  
Jugend, Senioren und  
Ausländerintegration

\_\_\_\_\_  
Sprecher der städtischen  
Deputation für Soziales,  
Jugend, Senioren und  
Ausländerintegration

\_\_\_\_\_  
Protokollführerin

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der städtischen  
Deputation für Bildung

\_\_\_\_\_  
Sprecher der städtischen  
Deputation für Bildung

\_\_\_\_\_  
Protokollführerin